

## Dienste teils "blind und taub"

Von Juliana Eiland-Jung

Sa, 03. Juli 2021

Offenburg

CDU-Fraktionsvize Thorsten Frei und Wolfgang Schäuble diskutieren das Thema Innere Sicherheit.



. Als "Alleinstellungsmerkmal der CDU/CSU" bezeichnete Wolfgang Schäuble das Bestreben seiner Partei, durch personelle und rechtliche Stärkung von Polizei und Verfassungsorganen die Innere Sicherheit besser zu gewährleisten. Der 78-jährige Offenburger Bundestagsabgeordnete und Bundestagspräsident tritt bei der Bundestagswahl wieder an.

Schäuble und Thorsten Frei, Bundestagsabgeordneter des Schwarzwald-Baar-Kreises, der als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion für Innenpolitik zuständig ist, diskutierten online am Donnerstag über das Thema "Sicher leben heißt besser leben".

"Etwas aufgeregt" sei er, gab Frei zu Beginn seines Kurzreferats zu. Eingeladen zu werden vom ehemaligen Innenminister, um zu innenpolitischen Themen etwas zu sagen, sei eine Herausforderung.

Innere Sicherheit sei ein Ausdruck von Lebensqualität. Bürgerinnen und Bürger sollen "ihr Leben normal führen können, ohne befürchten zu müssen, Opfer einer Straftat zu werden". Frei führte an, dass seine Partei für mehr Kompetenzen und mehr Stellen bei Polizei und Ermittlungsbehörden gesorgt habe, in einigen Bereichen jedoch wegen fehlender Unterstützung der anderen Parteien ihr Ziel nicht erreichen konnten. Vor allem beim Kampf gegen Cyberkriminalität – dem Hauptthema der Diskussion – erschwerten übermäßige Datenschutzbedenken die Strafverfolgung. Dass SMS-Nachrichten im Zuge einer Überwachung ausgelesen werden könnten, Whatsapp oder Telegram-Chats aber nicht, sei ein Zeichen dafür, dass "Nachrichtendienste blind und taub" würden. Bei der Bekämpfung von Kinderpornografie seien jedoch große Erfolge erzielt worden. Frei plädierte dennoch, bei "Prävention und Repression einen weiteren Schritt nach vorne" zu machen durch den Einsatz von Fußfesseln oder dadurch, dass im erweiterten Führungszeugnis dauerhaft eingetragen bleibe, wenn eine Person einschlägig vorbestraft ist. Die Vorratsdatenspeicherung sei von anderen Parteien "verleumdet" worden, dabei gelte es, die internationale Cyber-Kriminalitätsbekämpfung auszuweiten, gerade auch im Hinblick auf den Schutz kritischer Infrastruktur und sensibler Firmendaten vor Angriffen durch Kriminelle oder ausländische Staaten.

Schäuble beschränkte sich in der Diskussion auf Ergänzungen und Anmerkungen, und betonte, dass der Fokus auf die Innere Sicherheit gewährleiste, "Legitimität und Akzeptanz des freiheitlichen Rechtsstaates" zu erhalten. "Die Angst vor dem Shitstorm in der Internet-Community müssen wir aushalten". Schäuble merkte selbstkritisch an, dass der Rechtsextremismus lange Zeit unterschätzt worden war, es im Gegenzug aber eine Verharmlosung des Linksextremismus gegeben habe. Frei warnte davor, politischen oder religiösen Extremismus gegenseitig zu relativieren. Die Bekämpfung von Geldwäsche sahen beide als internationales Anliegen an.

---

Ressort: **Offenburg**

Veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe der BZ vom Sa, 03. Juli 2021:

» Zeitungsartikel im Zeitungslayout: [PDF-Version herunterladen](#)